



Protokollauszug

aus der
34. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Gesundheit,
Soziales und Inklusion
vom 21.11.2017

öffentlich

**Top 5 Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018
17/SVV/0810
zur Kenntnis genommen**

Frau Magnussen (FB Soziales und Gesundheit) stellt anhand einer Powerpoint-Präsentation das Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam vor und verweist zunächst auf die gesetzlichen Grundlagen sowie den Planungsauftrag. Anschließend verweist sie auf die Ausgangssituation und geht dann auf die Datenerhebung und -generierung ein.

Frau Magnussen gibt Erläuterungen zum Aufbau des Psychiatriekonzeptes und verweist auf die Empfehlung der Initiierung eines Gemeindepsychiatrischen Verbundes in der Landeshauptstadt Potsdam. Durch diesen kann ein Rahmen für verbindliche Kooperationen bzw. Vernetzungen in der Gemeindepsychiatrie geschaffen und die Versorgungsqualität nachhaltig gesichert werden.

Anschließend erklärt sie die 4 Bereiche der Empfehlungen und verweist beispielhaft auf den Bereich „Gesunde Kinder und Familien“ und „Gesunde Jugend“.

Abschließend gibt Frau Magnussen einen Ausblick auf das weitere Vorgehen. Sie weist darauf hin, dass am 16.01.2018 der Fachtag Psychiatrie mit dem thematischen Schwerpunkt „Gemeindepsychiatrischer Verbund“ stattfindet. Auf der Grundlage der Ergebnisse des Fachtages und des Psychiatriekonzeptes wird gemeinsam mit der PSAG das weitere Vorgehen sowie ein Maßnahmenplan entwickelt.

Frau Magnussen betont, dass die Landeshauptstadt Potsdam gemäß § 7 Abs. 4 Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz das Votum der PSAG für eine gemeindenahe und bedarfsrechte psychiatrische Versorgung einzuholen hat. Der Maßnahmenplan zum Psychiatriekonzept wird der Stadtverordnetenversammlung zum Beschluss vorgelegt.

Die Mitteilungsvorlage wird zur Kenntnis genommen.



Psychiatriekonzept der Landeshauptstadt Potsdam 2018

Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Inklusion

am 21. November 2017
im Tageszentrum Mittendrin

AG Planung und Steuerung (3801): Fr. Magnussen - Psychiatriekoordination

Gesetzliche Grundlagen und Planungsauftrag

- Gesetz über den Öffentlichen Gesundheitsdienst im Land Brandenburg
(Brandenburgisches Gesundheitsdienstgesetz - BbgGDG)
- Gesetz über Hilfen und Schutzmaßnahmen sowie über den Vollzug gerichtlich angeordneter Unterbringung für psychisch kranke und seelisch behinderte Menschen im Land Brandenburg
(Brandenburgisches Psychisch-Kranken-Gesetz - BbgPsychKG)

Ziele

- Personenzentrierte und gemeindenahe Versorgung
- Bestmögliche psychosoziale und psychiatrische Versorgungssituation in der Landeshauptstadt Potsdam
- Koordination, Planung und Steuerung der psychosozialen und psychiatrischen Versorgung in der Landeshauptstadt Potsdam

Ausgangssituation

- 1999: „Bericht zur Betreuungs- und Versorgungssituation psychisch Kranker in der Stadt Potsdam“
- Bisher: Keine aktuelle Datengrundlage vorhanden
Kein Landespsychiatrieplan im Land Brandenburg



Es war eine umfangreiche Datensammlung notwendig.

Datenerhebung und -generierung

z.B.

- Demographische Daten der LHP
- Epidemiologische Daten 
- Sozialversicherungsdaten
- Daten des Jahres- und Qualitätsberichtes des Klinikum Ernst von Bergmann gGmbH
- Online basierter Erhebungsbogen in Zusammenarbeit mit dem Bereich Statistik und Wahlen
- Berücksichtigung unterschiedlicher Perspektiven (z.B. mit Psychiatrieerfahrenere und Angehörige)

Aufbau des Psychiatriekonzeptes

1. Theoretischer Hintergrund
2. Datengrundlage
3. Versorgung in der Landeshauptstadt Potsdam
4. Zusammenwirken der Beteiligten
5. Bedarfslagen in der Landeshauptstadt Potsdam

6. Empfehlungen
 - 6.1 Gemeindepsychiatrischer Verbund**
 - 6.2 Zielsetzungen und Maßnahmen

Gründe für einen Gemeindepsychiatrischen Verbund

- Sicherung einer hohen Versorgungsqualität durch:
 - „Abstimmung individueller Patientenpfade“
 - „Koordinierte Weiterentwicklung der gesamten Hilfestruktur“
 - „Vertiefte Vernetzung aller Akteure“
 - ↳ Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft stellt keine verbindliche Kooperation dar

 **Verbindlicher Rahmen auf institutioneller Ebene**

(Landesverband Sozialpsychiatrie, 2014)

Gemeindepsychiatrischer Verbund (GPV)



Bereiche der Zielsetzungen und Maßnahmen

1.

- Kommune und Öffentlichkeit

2.

- Gesunde Kinder und Familie
- Gesunde Jugend

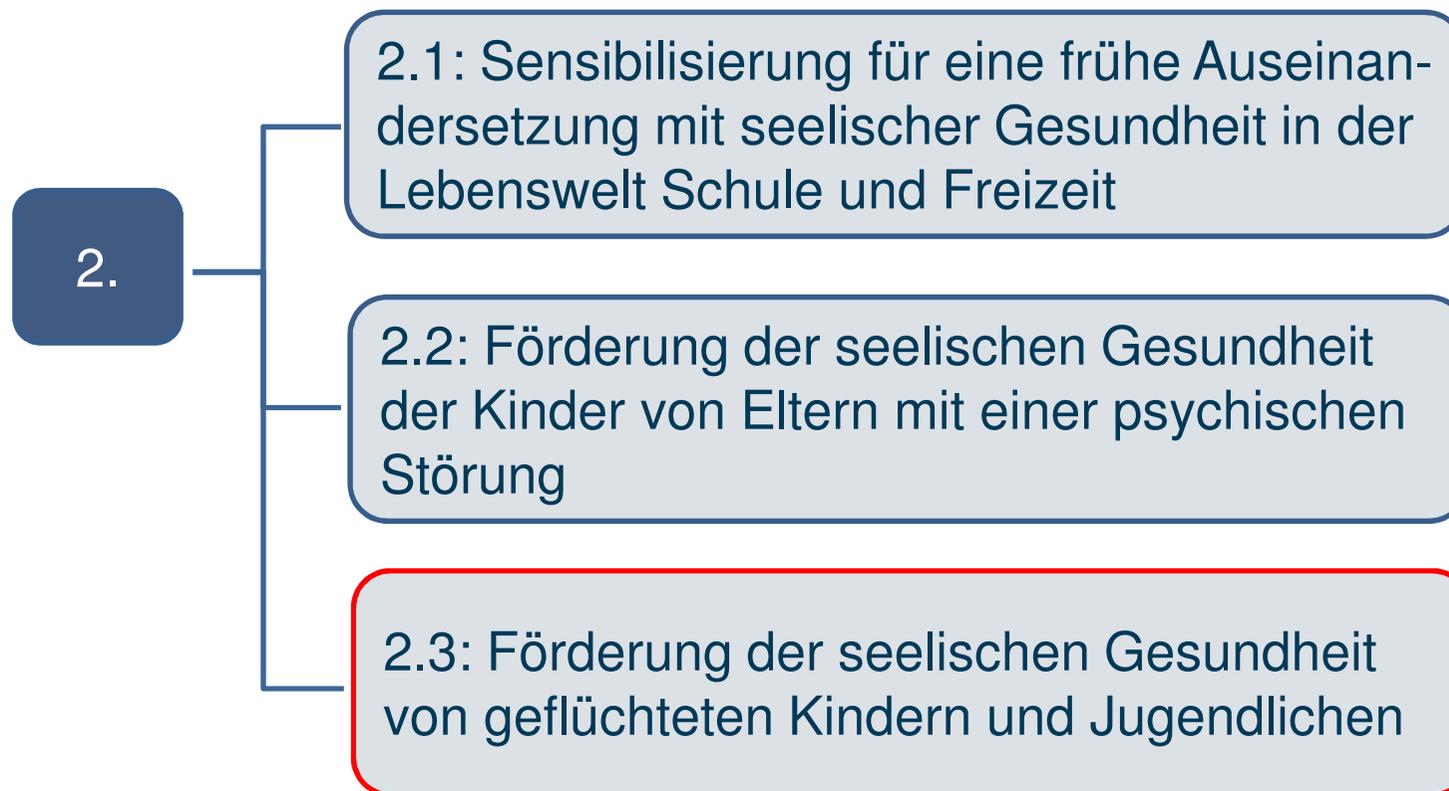
3.

- Gesunder Betrieb

4.

- Gesunde Lebensmitte
- Gesundes Altern

Lebensbereich „Gesunde Kinder und Familie“ und „Gesunde Jugend“



Ausblick: weiteres Vorgehen

Fachtagung Psychiatrie: 16. Januar 2018
Thematischer Schwerpunkt: Gemeindepsychiatrischer Verbund



Auf der Grundlage der Ergebnisse der Fachtagung und des Psychiatriekonzeptes folgt eine gemeinsame Entwicklung des weiteren Vorgehens mit der PSAG (§7 BbgPsychKG)



mit der PSAG abgestimmter Maßnahmenplan



Abstimmung mit der Verwaltung



**Maßnahmenplan zum Psychiatriekonzept als
Beschlussvorlage für die StVV**

Vielen Dank für Ihre
Aufmerksamkeit.





Backup-Folien

Ergänzung Ziel 2.3: Förderung der seelischen Gesundheit von geflüchteten Kindern und Jugendlichen

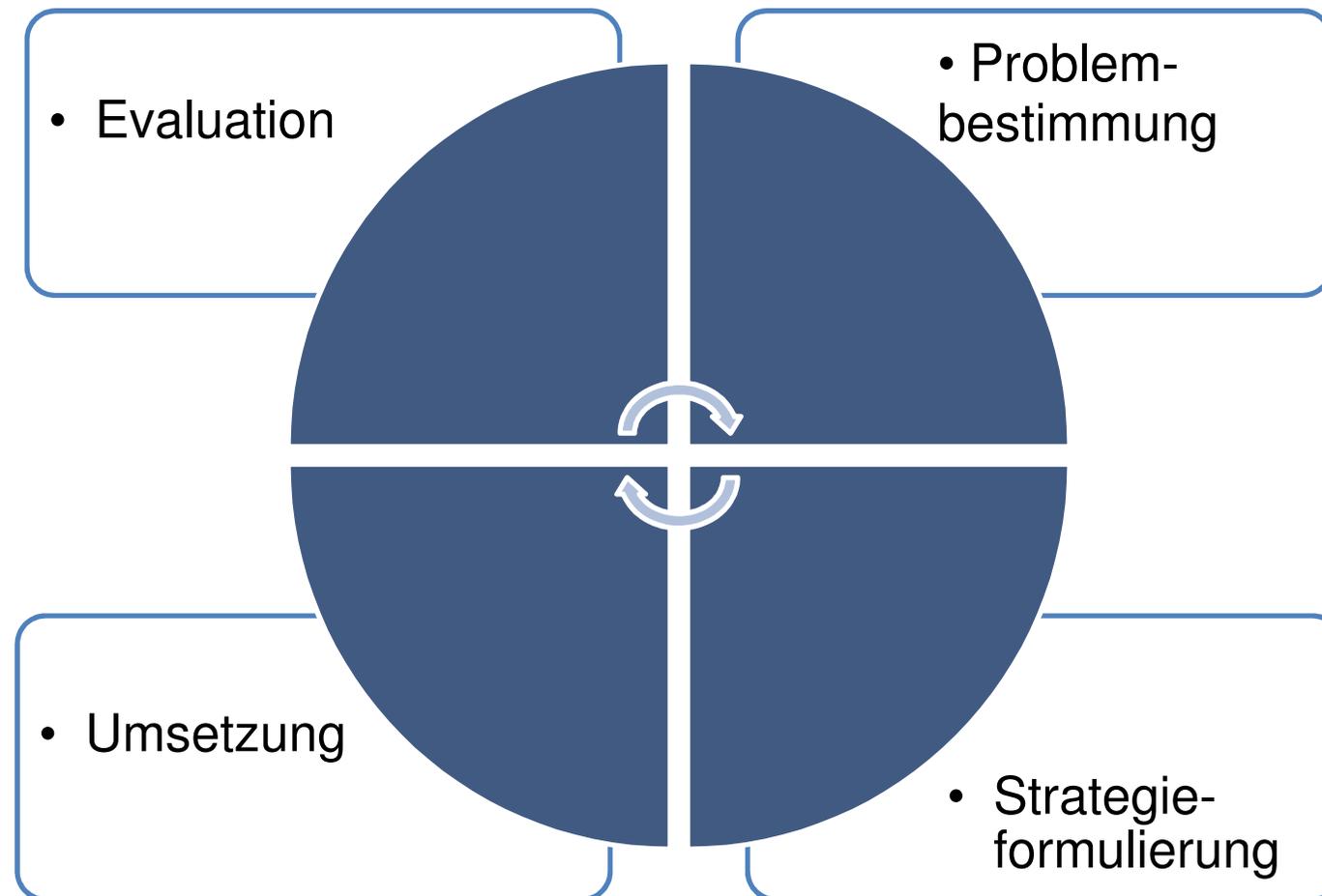
Maßnahme	Thematisierung und Sensibilisierung der relevanten Akteure für geflüchtete Kinder und Jugendliche. Die Thematik soll im Plenum der PSAG besprochen, diskutiert und wenn erforderlich sind weitere Maßnahmen abzuleiten. Ergänzend werden die Akteure wie Schulsozialarbeiter und Sozialarbeiter in den GU zu möglichen unterstützenden kulturintegrativen Materialien, z.B. Kinderbücher und Print- und Audio-Versionen informiert.
Begründung	Geflüchtete Kinder und Jugendliche können aufgrund der Erfahrungen im Heimatland und auf der Flucht psychische Belastungen aufweisen. Die Belastungen können Einfluss auf die Entwicklung haben. Niedrigschwellige kulturintegrative Materialien können zu Entlastungen beitragen.

Ziel 2.3: Förderung der seelischen Gesundheit von geflüchteten Kindern und Jugendlichen	
Maßnahme	Thematisierung und Sensibilisierung der relevanten Akteure für geflüchtete Kinder und Jugendliche. Die Thematik soll im Plenum der PSAG besprochen, diskutiert und wenn erforderlich sind weitere Maßnahmen abzuleiten. Ergänzend werden die Akteure wie Schulsozialarbeiter und Sozialarbeiter in den GU zu möglichen unterstützenden kulturintegrativen Materialien, z.B. Kinderbücher und Print- und Audio-Versionen informiert.
Begründung	Geflüchtete Kinder und Jugendliche können aufgrund der Erfahrungen im Heimatland und auf der Flucht psychische Belastungen aufweisen. Die Belastungen können Einfluss auf die Entwicklung haben. Niedrigschwellige kulturintegrative Materialien können zu Entlastungen beitragen.
Zielgruppe	Geflüchtete Kinder und Jugendliche
Zeitraumen	Fortlaufend
Zuständigkeit und Ansprechpartner	Psychiatriekoordination (AG Planung und Steuerung – 3801) Bereich Kommunale Gesundheitsförderung/Heilpraktikerprüfung (3851)
Unterstützende Kooperationen	PSAG; SpDi (3856); Asyl, HzL und Integration (3831); FB Kinder, Jugend und Familie (FB35); Schulsozialarbeit in Potsdam; Schulgesundheitsfachkraft, Mobile Heimberatung

Psychosoziale Arbeitsgemeinschaft (PSAG)

Stimmberechtigte Mitglieder			
1	AWO Bezirksverband e.V.	11	Montevini gGmbH
2	Autonomes Frauenzentrum Potsdam e.V.	12	NOW! Normaler Wahnsinn
3	Caritas Potsdam	13	Oberlinverein
4	bbw Akademie für Betriebswirtschaftliche Weiterbildung GmbH	14	Opferhilfe Land Brandenburg e.V.
5	Chill out e.V.	15	Organic Village gGmbH
6	Creso Creative Sozialarbeit gGmbH	16	SinAlkohol gGmbH
7	DRK Behindertenwerkstätten Potsdam gGmbH	17	Stephanus Stiftung
8	Ernst von Bergmann	18	STIBB e.V.
9	Frau Schwarz	19	Theodor Fliedner Stiftung Brandenburg gGmbH
10	Landeshauptstadt Potsdam	20	Türklinke gGmbH

Gesundheitspolitischer Aktionszyklus



Bedarflagen in der LHP: Psychiatrieerfahrene

